Tod den USA-Imperialisten — Das VOLK von Vietnam wird siegen

<u>Der "Friedens"schwindel wird den Imperialismus in Vietnam nicht retten.</u>

Daß die "Friedensgespräche" in Paris den US-Imperialisten ein Mittel sein sollen, um auf dem Verhandlungstisch zu erreichen, was sie auf dem Schlachtfeld bereits verloren haben, wurde an dieser Stelle wiederholt aufgezeigt. Welche Rolle die russischen Revisionisten dabei spielten und noch spielen, wurde ebenfalls bewiesen.

Einige "Sitzungen", die stattgefunden haben, zeigen nun auch den Gutgläubigsten, was die Amerikaner erreichen wollen. Die Forderungen der US-Aggressoren gehen schlicht und einfach gesagt darauf aus, den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Die Siege in jahrelangen heroischen Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung, die zur Befreiung von vier Fünfteln des südvietnamesischen Territoriums von US-Truppen und ihren Lakaien, der Thieu - Ky - Clique, geführt haben,sollen aufgehoben werden. Die Leiden und Opfer für die Befreiung und Wiedervereinigung der Heimat sollen umsonst gewesen sein.

Es ist fast nicht zu glauben, mit welch lächerlichen Forderungen die US-Imperialisten in Paris aufkreuzen. Und doch tun sie es. <u>Sie tun es, weil sie sich verlassen und verlassen können, daß die revisionistischen Verräter alles unternehmen werden, um die Pariser Gespräche als "ernst" und "sachlich", als "wertvoll" und "friedensbringend" darzustellen.</u> Und die Revisionisten unternehmen in dieser Hinsicht auch wirklich alles.

Die US-Imperialisten wollen Südvietnam um keinen Preis aufgeben. Der jetzige amerikanische Chefdelegierte in Paris, Henry Cabot-Lodge, hat am 28.II.1965, als er "Botschafter" der USA in Saigon war, in der amerikanischen Zeitung "Boston Globe" folgendes geäußert: "Wer Südvietnam in Händen oder in seiner Einflußsphäre hat, der kann bestimmen im Osten über die Zukunft der Philippinen und Formosas, im Süden über Malaysia und Indonesien mit ihren Vorräten an Kautschuk, Mineralien und Zinn, im Westen über Thailand und Burma mit ihren enormen Reisreserven. Vietnam ist also kein geographisches Vacuum. Von da aus kann man ein riesiges Reservoir von Reichtümern und Bevölkerung beeinflussen und durchdringen."

Für die Amerikaner ist Asien ein viel wichtigeres Ausbeutungsterrain als z.B. Lateinamerika, weil seine Naturschätze, seine Bevölkerung und sein Absatzmarkt für US-Waren bedeutend umfangreicher sind. Vietnam ist aber auch eine Schlüsselstellung im amerikanischen Einkreisungsbogen um China.

Der Aggressionskrieg in Vietnam hat den US-Imperialisten nur militärische Niederlagen gebracht und ihr Wirtschafts- und Finanzwesen schwer erschüttert. Jetzt wollen sie sich mit der russischen Verräterclique auf einer Linie einigen, die ihnen für ständig die faktische Oberhoheit über Südvietnam sichert. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Vietnamesen stets am Verhandlungstisch verloren, aber auf dem Schlachtfeld gewonnen haben.

Die USA wollen nur eine Atempause, werden aber niemals Süd-Vietnam aufgeben.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

"DER KOMMUNIST", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)
Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), Herausgeber und Verleger: Jocha Alfred, alle: 1200 Wien, Dresdnerstraße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Treitl Herbert, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P.b.b.. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

DER KOMMUNIST

Februar 1969
Nummer 24

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)

Einzelpreis: S 3,--
Jahresabo : S 30,--

LEHRE DES FEBRUAR 1934:

DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN

Im November 1918 wurde der österreichischen Arbeiterklasse die proletarische Revolution "gestohlen" (siehe "Der Kommunist" Nr. 21).Im Februar 1934 endete das Aufbäumen klassenbewusster Arbeiter zur Verteidigung des für sie letzten revolutionären Symbols - ihrer Waffen - mit einer Niederlage.

In den Jahren nach 1918 war die Politik der österreichischen Sozialdemokratie darauf ausgerichtet, die Arbeiterschaft zu beruhigen, vom revolutionären Weg abzubringen und ihr einen verräterischen Weg aufzuzwingen. Die SP-Führer verwiesen auf die Niederlagen der Arbeiter in Deutschland,Ungarn und Italien (zu denen sie nicht wenig durch ihren Verrat in Österreich beigetragen hatten) und meinten, da wäre es doch risikoloser, mit dem Stimmzettel die Macht zu erobern. Inzwischen sollten die sozialen Errungenschaften verteidigt werden, die die Bourgeoisie in den Tagen, da sie um ihre Existenz bangte, gerne und freudig zugestanden hatte.

In diese Zeit fällt auch der Aufbau einer Schicht von korrumpierten Arbeiterfunktionären, die durch die SP - Führung Posten und Pöstchen in den von der SP kontrollierten Verwaltungen (Sozialversicherung, Gewerkschaft, Gemeinden,usw.) erhielten. Klassenbewusste Arbeiterfunktionäre hingegen wurden langsam aber sicher politisch und technisch entwaffnet. <u>Hinter einem</u>

Aus dem Inhalt:

Seite
4 "Supermächte" in der Sackgasse.
8 Unsere Organisation.
10 Die im Schatten sieht man nicht.
12 Olahs Sonderprojekt.
13 Die Leser schreiben.
15 Revolutionärer Kampf auf Sardinien.
16 El Fatha stellt klar.
NIXONS ERSTE NIEDERLAGE!!!!
Seite 7

Vorhang scheinrevolutionärer Phrasen wurden die in den stürmischen Tagen von 1918/19 von den Arbeitern errungenen Positionen schrittweise ausgehöhlt und vernichtet.

Die älteren Genossen erinnern sich noch gut, wie ihnen erklärt wurde, das wäre ja "ihre Republik" und in den Betrieben hätten sie "ihre Räte". Heute sehen wir genau, wie diese ehemals wirklichen Machtinstrumente der Arbeiter durch die verschiedenen Tricks in eine harmlose Betriebskörperschaft "umfunktioniert" wurden. Und wenn klassenbewusste Arbeiter auf die Gefahr durch Polizei und Bundesheer hinwiesen, wie war da die Antwort? "Stimmt ja nicht! Wir haben doch viele gute Leute bei denen." Und als Hauptattraktion der Otto Bauer, Renner, und Konsorten war eine Antwort parat: "Wenn die Kapitalisten frech werden und uns auf unserem friedlichen Weg zum Sozialismus stören werden, haben wir unseren bewaffneten Schutzbund. Und wenn es sein muss, errichten wir dann - siehe unser Programm (Linzer Programm, d. Red.) - die Diktatur des Proletariats." Mit seltener Demagogie benützten die verräterischen SP-Führer zu dieser Zeit den Schutzbund, um den revolutionären Schwung der Arbeiter in einer für die Bourgeoisie ungefährlichen Kontrolle zu halten. Die Hauptorder war ja, bei jeder Aktion auf das Signal der "Partei" zu warten.

Als im Juli 1927 wieder einmal ein faschistischer Arbeitermörder freigesprochen wurde, zogen die empörten Arbeiter in die Stadt. Unbewaffnet - denn die Waffen hatten ja die Waffenmeister. Der Justizpalast, das Symbol kapitalistischer "Gerechtigkeit", wurde in Brand gesetzt. Da gab die "Partei" in der Person des Bürgermeisters Seitz das Signal - zum Löschen des Brandes. Das war aber auch das Signal für die Polizisten, die schlechten wie die "guten", ein Blutbad unter den demonstrierenden Arbeitern anzurichten. Und das war auch das Signal für die Bourgeoisie, die faschistische Offensive zu beginnen.

Dass es der SP-Führung gelang, die Masse der kampfgewillten revolutionär eingestellten Arbeiter bei der Stange zu halten, hatte zwei Ursachen. Erstens: Die von "Linken" der SP (Otto Bauer u. Co.) erfundene Theorie von den verschiedenen Wegen zum Sozialismus. "Der russische war gut für die Russen, wir gehen aber einen österreichischen". (Man war ja sogar so "radikal", am 1. Mai mit der Losung "Hände weg von der Sowjetunion" zu demonstrieren). Und zweitens: Gerade den revolutionären Arbeitern war es fast instinktmässig bewusst, dass die Kapitalistenherrschaft nur mit Gewalt gestürzt werden kann. Der militärische Klimbim des Schutzbunds, mit seinen uniformierten Paraden, seinen Manövern mit Attrappen, seine "vertraulichen" Appelle über Sammlung bei Alarmzentralen, "wenn zum wirklich richtigen Zeitpunkt der Einsatzbefehl vom Parteistab kommt", wiegte die Arbeiter in Vertrauen zur SP-Führung. Ungläubig schüttelten sie daher die Köpfe über die Argumente der kleinen Gruppe der Kommunisten, die "nicht einmal einen rostigen Revolver" besassen, aber von Verrat und Irreführung durch die sozialdemokratischen Führer sprachen.

"Gewehr bei Fuss, Pulver trocken, Einheit und Disziplin um jeden Preis..!" Mit diesen Parolen wurden die Arbeiter beruhigt, während gleichzeitig die Demoralisierungskampagne fortgesetzt wurde mit dem Hinweis auf die Schlagkraft der kapitalistischen Exekutive. Diese konnte ihre "Schlagkraft" aber nur durch den Verrat der SP-Führer erreichen.

Die Faschisten hatten nun endgültig grünes Licht. Das Parlament wurde aufgelöst, die Arbeiterorganisationen wurden immer mehr in die Illegalität gedrängt, die KP und der Schutzbund verboten. Waffen wurden beschlagnahmt, Besetzungen und Zertrümmerungen von Arbeiterheimen waren an der Tagesordnung. Die Tätigkeit der SP-Führung bestand darin, Proteststreiks der Arbeiter abzuwürgen.

Am 12. Februar 1934 stürmten die Faschisten das Arbeiterheim in Linz. Den erbitterten Arbeitern riss die Geduld. Sie warteten nun nicht mehr auf irgendein Signal, sondern verteidigten sich mit der Waffe in der Hand. Der Funke des bewaffneten Widerstands sprang auf andere Industriestädte, vor allem auf Wien, über.

Die zum Kampf entschlossenen Arbeiter - Schutzbündler oder nicht - eilten zu den Alarmzentralen, fanden sie aber von der Polizei besetzt. Und der Parteivorstand der SP? Die "Linke" (Otto Bauer, Deutsch usw.) hatte sich ins Ausland abgesetzt, die Rechte (Renner, Helmer und Co.) es sich mit den Faschisten gerichtet

Mit einem Male fiel es den revolutionären Arbeitern wie Schuppen von den Augen. Sie waren schmählich verraten worden. Verzweiflung und Erbitterung ergriff ihre Reihen: Auf die Faschisten schiessen, solange noch eine Patrone da war. Kampflos sollen sie uns nicht bekommen. Dort, wo Schutzbundkommandanten und Waffenmeister nicht Reissaus genommen hatten, dort wo ehrliche Arbeiterfunktionäre die Waffenlager betreuten, griffen Kampfgruppen nach den Gewehren und schossen zumeist an Ort und Stelle auf die heranstürmenden Truppen von Polizei, Bundesheer und Faschisten.

Drei, vier Tage dauerten die Kämpfe, bis tatsächlich die letzte Patrone verschossen war. Trotz dieses führungslosen, reinen Verteidigungskampfes waren die Regierungstruppen bald am Rande der Erschöpfung. Den Arbeitern wurde klar, dass der Feind unter einer offensiven revolutionären Führung besiegt hätte werden können. Er entpuppte sich als Papiertiger. Masslos war daher die Erbitterung unter den Arbeitern wegen der ungeheuerlichen Irreführung durch die SP-Führer, die einen bewaffneten Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt als letzten Endes hoffnungslos darstellte. In Scharen wandten sich nun revolutionäre Arbeiter an die kleine KP. Sie erkannten, dass die Kommunisten recht hatten, als sie alle SP-Führer, die "linken" ebenso wie die rechten, als Verräter an der Arbeiterklasse bezeichneten.

"Wir wollen sie für unsere Organisation gewinnen, und sie verlangen von uns Maschinengewehre", klagte damals ein kommunistischer Funktionär. Daraus ergibt sich die wichtige Lehre des Februars 1934.

Heute, 35 Jahre nach den Februarkämpfen kennen wir die positiven und negativen Erfahrungen des Spanienkrieges, der Partisanenkämpfe des zweiten Weltkriegs, des heldenhaften Volkskriegs in Vietnam und vor allem die Erkenntnisse des ruhmreichen Sieges der chinesischen Revolution. "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", sagt Genosse Mao Tse-tung, und diese Erkenntnis wird voll und ganz von unseren Erfahrungen des 12. Februar 1934, von den Erfahrungen der ganzen Entwicklung seit 1918 in Österreich bestätigt.

Nirgends, auch nicht in Österreich, fällt der revolutionären Arbeiterbewegung die Macht in den Schoss. Je näher der Kapitalismus seinem Grabe ist, desto heftiger wird er sich gegen seinen Untergang wehren. Bei den jüngsten Studentenunruhen hat der SP-Mann Holaubek mit seiner Polizei vorexerziert, wie die Bourgeoisie gegen revolutionäre Strömungen vorgehen wird.

Wenn wir der Revolution Zeit und noch mehr Opfer ersparen wollen, müssen wir gewisse Lehren ziehen.

1. Ohne die Verräter in den eigenen Reihen schonungslos zu entlarven und zu bekämpfen, ist kein Kampf auf die Dauer erfolgreich. Waren es einst die sogenannten Austro-Marxisten der SP, so sind es heute die Revisionisten, die mit scheinrevolutionären Phrasen die Packelei mit dem Klassenfeind tarnen.

2. Keine wie immer geartete revolutionäre Aktion kann ohne politische Linie zum Erfolg kommen. Die einzige politische Linie, die es ermöglicht, die herrschaft der Kapitalisten zu stürzen, ist die des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tse-tungs. Diese Politik muss jede Aktion lenken, soll sie nicht Schiffbruch erleiden und letzten Endes dem Gegner nützen.

3. Der Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Tse-tungs sind als Anleitung zum Handeln zu verstehen. Das revolutionäre Wort ohne die daraus resultierende Tat bringt uns ebensowenig weiter, wie die Tat, die nicht vom revolutionären Wort gelenkt wird.

"Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", diese Erkenntnis Mao Tse-tungs fühlten Österreichs Arbeiter jahrzehntelang instinktiv.

DIE "SUPERMÄCHTE" IN DER SACKGASSE

Jänner 1969. Szenenwechsel in Washington: ein durch schwere Schläge erfahrener Johnson ging von der Bühne ab, ein von bösen Ahnungen geplagter Nixon betrat sie.

Johnson verabschiedete sich in seiner Botschaft "Über die Lage der Nation" mit den Worten: "Meine Amtszeit war durch eine Reihe von Herausforderungen im In- und Ausland gekennzeichnet". Das Ergebnis davon waren "Verwirrung und Zweifel". Doch sein Nachfolger möge sich keine Illusionen machen, gab er hämisch zu verstehen: "Der Abgang dieser Regierung bedeutet nicht das Ende der Probleme,denen sie sich gegenübersah."

NIXON SINGT SEIN KLAGELIED

Fünf Tage darauf quittierte Nixon dieses nichts Gutes verheissende Vermächtnis seines Vorgängers mit einer boshaften Anklage: "Wir sind durch eine lange Nacht des amerikanischen Geistes gegangen." Er beschuldigte in seiner "Antrittsrede" die bisherigen Regierungen der "Demokratischen Partei", Amerika in eine "geistige Krise" gestürzt zu haben, in "rauhe Zwietracht" im Inland und in ein "Tal des Aufruhrs" in der Welt.Die amerikanische Nation sei im Inneren "in Uneinigkeit zerrissen" und auf internationaler Ebene "in einem Krieg gefangen".

Nixon wirft seinen Vorgängern vor, sich einer "bombastischen Rhetorik" befleissigt zu haben, "die mehr verspricht, als sie je halten kann".Aber während er hinter einer kugelsicheren Glaswand diese kleinlaute Jeremiade von sich gab (statt eines aus solchem Anlass zu erwartenden jubelnden Hallelujas), war er sich dessen bewusst, dass nach einer soeben veröffentlichten Untersuchung des US-Gesundheitsministeriums 20 Prozent der amerikanischen Bevölkerung infolge Unterernährung gesundheitliche Schäden aufweisen; dass 1968 die Preissteigerung das höchste Ausmass seit 1951 erreicht hat und die Zahl der Streiks die höchste in den vergangenen 15 Jahren war; dass der Kampf der Negerbevölkerung um ihre Rechte immer grösseren Umfang und immer schärfere Formen annimmt; dass sich aus der monatelangen Besetzung der Universitäten von Kalifornien durch die rebellischen Studenten und Hochschullehrer "ein zweites Vietnam" entwikkeln kann, wie sich der Gouverneur dieses Bundesstaates dieser Tage ausdrückte; dass im Augenblick der Antrittsrede des Präsidenten 20.000 Polizisten und Soldaten gegen Tausende von Demonstranten in Aktion traten (etwas Unerhörtes in der amerikanischen Geschichte!) und trotz Massenverhaftungen nicht verhindern konnten, dass immer wieder Sprechchöre erschollen: "Die Milliardäre herrschen - Nixon ist ihr Werkzeug!" Da konnte er nicht umhin, selbst wieder zu faulen Versprechungen Zuflucht zu nehmen, z.B. "unseren Reichtum von den Zerstörungen des Krieges im Ausland auf die dringenden Bedürfnisse unserer Menschen zu Hause umzuleiten".

So gibt es, wie Nixon sagte, "eine Anzahl von Problemen, denen sich die Regierung gegenübersieht, wobei jedes einzelne von ihnen in gleicher Weise dringende Aufmerksamkeit erfordert". Und das gilt für interne wie für internationale Fragen. Das bekannte Organ der amerikanischen Monopolkapitalisten "US News and World Report" schrieb: "Wohin immer der neue US-Präsident über die Erdoberfläche schaut, wird er Schwierigkeiten finden. Sturmwarnungen fliegen von Land zu Land, von Region zu Region." Welchen Ausweg hat er da? Die Aggressions- und Kriegspolitik der USA hat zu einer ungeheuren inflatorischen Aufblähung des Budgets geführt, das jetzt wieder um 11,6 auf 195,3 Milliarden Dollar gesteigert wurde, wovon 81,5 Milliarden oder mehr als 40% direkte Militärausgaben sind, darunter 25,4 Milliarden für den Vietnamkrieg. Diese Entwicklung hat bekanntlich den Dollar in höchste Gefahr gebracht. Jetzt scheint das amerikanische Monopolkapital gesonnen, ein wenig der Inflation zu steuern, was freilich unvermeidlich eine Abschwächung der Industriekonjunktur zur Folge haben

wird. Ob die latente Wirtschaftskrise als Währungs- und Finanzkrise oder als Überproduktionskrise offen ausbricht - es gibt letzten Endes keinen Ausweg aus der Sackgasse, in die der US-Imperialismus geraten ist.

GLEICHEN KUMMER HAT DER KREML

Auf der vergeblichen Suche nach einem Ausweg hat sich Nixon an den Kreml um Hilfe gewandt. "Nach einer Periode der Konfrontation treten wir jetzt in ein Zeitalter der Verhandlungen ein", sagte er an Moskau gewandt. Er gebrauchte wortwörtlich die Chruschtschowsche Phraseologie und lud die russische Revisionistenclique zum "friedlichen Wettbewerb" ein. "Lasst uns zusammen zu den neuen Welten aufbrechen", rief er pathetisch aus,"zu einem neuen Wagnis, das gemeinsam zu erleben ist." Die unheilige Allianz zwischen dem amerikanischen Imperialismus und dem russischen Sozial-Imperialismus soll also noch mehr verstärkt werden, natürlich zum Schaden der Völker und des Friedens. "US News and World Report" schrieb: "Ganz oben an der Tagesordnung bei Nixon steht die Suche nach besseren Beziehungen zu Russland." Andererseits stellte das selbe Blatt fest:"Was der Kreml von Mr. Nixon wünscht, ist ein Übereinkommen, wonach die USA und Russland gemeinsam vorgehen und die Welt in Interessen- und Einflusssphären aufteilen, wobei ein wenig 'Niemandsland' zum Grapschen (for grabs) offen bleiben soll."

So haben denn auch Podgorny und Kossygin dem neuen US-Präsidenten ihre "Gratulationen und besten Wünsche" depeschiert, ihre "freundschaftlichen Beziehungen" zum US-Imperialismus beteuert und ihren Wunsch betont,"mit vereinten Bemühungen die herangereiften internationalen Probleme zu lösen und den Weltfrieden zu festigen". In ihrer heuchlerischen Propaganda können sich die Moskauer Renegaten nicht genug als "Kämpfer" gegen den amerikanischen Imperialismus aufspielen, der bekanntlich hinter dem Nebelschleier der Pariser "Friedensgespräche" seinen barbarischen Krieg gegen das vietnamesische Volk fortsetzt, seine Bombenangriffe in Laos verstärkt,seine ganze Kriegs- und Aggressionspolitik beibehält. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS überschlägt sich aber geradezu vor Begeisterung darüber, dass Nixon in seiner Rede " den Fragen des Friedens" viel Raum gegeben und sich für die "Erleichterungen der Rüstungslast" eingesetzt hätte.

Während sogar die bürgerliche und sozialdemokratische Presse bei uns wie im ganzen kapitalistischen Westen dem Regierungsantritt Nixons sehr skeptische Worte gewidmet hat, schrieb das russische Armeeorgan "Krassnaja Swesda" am 9. Jänner, dass er "dem amerikanischen Kapitalismus gestatten könnte, endlich aus der kompliziertesten Krise herauszukommen", dass er "beitragen würde, die Krise des Vertrauens der Massen der USA zu ihrer Führung zu liquidieren", dass er "das Prestige der USA in der internationalen Arena heben könnte"! Solche Worte waren von entsprechenden Gesten begleitet: Gleichsam zur "Feier" von Nixons Amtsantritt fuhren eine russische Physikerdelegation sowie der "Aussenminister" der Russisch-Orthodoxen Kirche, Erzbischof Nikodim, zu Konferenzen in die USA, während in Moskau vier Industrieausstellungen mit amerikanischer Beteiligung eröffnet wurden, ein amerikanischer "Mädchenchor" in die UdSSR reiste und einer amerikanischen Luftfahrtgesellschaft gestattet wurde, in diesem Jahr 20 Charterflüge mit je 200 amerikanischen "Touristen" nach Leningrad zu unternehmen.

Im Westen war man über diese augenfälligen Freundschaftsbekundungen der Moskauer Machthaber gegenüber der Nixon-Regierung ziemlich verwundert. In Washington bemerke man, meldete die Korrespondentin der "Presse" am 6. Februar, "dass Moskau der republikanischen Administration weit freundlichere Grüsse entbietet, als man angenommen hat". Schon am 4. Dezember hatte die "Neue Zürcher Zeitung" geschrieben, es sei"auffallend,wie vorsichtig und rücksichtsvoll Moskau den nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten behandelt, den es noch vor kurzem als rabiaten Antikommunisten beschimpfte". Wie der Londoner "Evening Standard" am 29. Jänner aus Washington berichtete, hatten knapp vor Amtseinführung des neuen Präsidenten russische Diplomaten lange Gespräche mit Nixons aussenpolitischem

Chefberater Kissinger. "Das Tempo und die Dringlichkeit der sowjetischen Annäherungsversuche hat die meisten Fachleute hier überrascht", fügte der Berichterstatter hinzu.

Daran ist aber nichts Erstaunliches. Der Kreml hat den gleichen Kummer wie das Weisse Haus. Auch er hat innen- wie aussenpolitisch Bankrott gemacht. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Moskauer Renegaten sind in vieler Hinsicht noch grösser als die der Wallstreet-Magnaten. Denn während der staatsmonopolistische Kapitalismus den - gewiss vergeblichen- Versuch bedeutet, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und der privaten Form der Aneignung im Rahmen des Kapitalismus zu lösen, so bedeutet das "Neue Wirtschaftssystem" der modernen Revisionisten umgekehrt, diesen durch die frühere sozialistische Planwirtschaft bereits gelösten Widerspruch durch Rückkehr zur "freien Marktwirtschaft" usw. von neuem zu schaffen. Auch die Schwierigkeiten Moskaus mit den zu Satelliten, ja zu Kolonien herabgewürdigten COMECON-Ländern sind grösser als die Washingtons mit seinen "Alliierten". All das führt zu schweren Spannungen im Inneren und nach aussen. Das Attentat vor dem Kreml-Tor, die neue Welle des Widerstands gegen die russischen Besatzer in der CSSR, die Zwistigkeiten auf der Jubiläumskonferenz des COMECON in Berlin und auch das klägliche Bild, das die russische Delegation auf dem Kongress der italienischen Revisionisten in Bologna bot, sind dafür Beispiele aus jüngster Zeit. So sieht auch der Kreml keinen anderen Ausweg aus der Sackgasse, in die er geraten ist, als die Verstärkungen der Bemühungen um die Errichtung einer gemeinsamen Weltherrschaft der beiden "Supermächte".

NEUER "GIPFEL" WIRD VORBEREITET

Das amerikanische Magazin "Time" hat noch vor dem Amtsantritt Nixons enthüllt, Kossygin habe durch westliche diplomatische Kanäle den Amerikanern "diskret" zu verstehen gegeben, dass er "Gipfelgespräche" mit Nixon anstrebe. Genau zur Stunde der Antrittsrede Nixons fand im Moskauer Aussenministerium eine Pressekonferenz statt, auf der solche Gespräche über eine "Einschränkung des strategischen Rüstungswettlaufs" (gemeint sind dabei die sogenannten Raketenabwehrsysteme) offiziell vorgeschlagen wurden. Nixon hat gleich auf seiner ersten Pressekonferenz - am 27.Februar - diesem Vorschlag zugestimmt. Dabei soll natürlich nicht nur über die viele Milliarden Dollar kostenden Anti-Raketen-Einrichtungen gesprochen werden (was übrigens zuerst seinerzeit von Johnson vorgeschlagen worden war), sondern offensichtlich auch unter anderem über die amerikanisch-russische Politik der Atomerpressung gegenüber den nichtnuklearen Ländern und über die Unterdrückung des Freiheitskampfes der Palästinenser. Es ist ja kein Zufall, dass zu den ersten Amtshandlungen Nixons die Aufforderung an den Senat zur Ratifizierung des Atomsperrvertrags (nach dem Einmarsch in die CSSR hatte er für einen Aufschub plädiert, jetzt sagte er, der Zeitpunkt wäre geeignet) und die Annahme des französischen Vorschlags für eine Viermächtekonferenz über das Nahost-Problem (der sich auf den russischen Fünf-Punkte-Plan zur Durchführung der UNO-Resolution vom 22. November 1967 gründete!) gehören. Der wichtigste Schritt aber, den Nixon zum "Gipfel" hin tut, ist seine Europa-Reise. Denn die Städte, die Nixon mit seinem Blitzbesuch "beehrt", bilden nur die Landschaft, die sich malerisch um den "Gipfel" gruppiert.

Während des Wahlkampfes hatte Nixon immer wieder betont, dass er vor einem "Dialog mit den Sowjets" die "Verbündeten in Westeuropa konsultieren" würde. (Denn diese sind seit August 1968 bitterböse, dass die USA sich mit den Russen um Einflusssphären in Europa zanken und einigen, ohne ihre "Verbündeten" auch nur zu fragen.) Und als er jetzt die Europareise ankündigte, gab er gleichzeitig bekannt, dass er sofort nach seiner Rückkehr zum Gipfeltreffen mit den Russen rüsten werde. Die Reise wurde so kurzfristig angesetzt, weil es den US-Imperialisten sehr dringend ist, mit den russischen Revisionisten neue Intrigen gegen die Völker und den Frieden zu spinnen, wofür sie schon zu Johnsons Zeiten ein "Paket" vorbereitet haben. Und gerade die äusserst kurze Dauer der

Reisevorbereitungen und die nach Stunden bemessene Zeit, die für die einzelnen Stationen zur Verfügung steht, beweisen, dass dieses ganze Unternehmen für Nixon nur eine diplomatische Hürde ist, die er notgedrungen vor seinem "Gipfelsturm" nehmen muss.

* * *

Der amerikanische Imperialismus wiegt sich in Illusionen, und der russische Revisionismus mit ihm. "Wenn zwei Ertrinkende sich aneinander klammern, sinken sie nur umso schneller". So kommentieren "Renmin Ribao" und "Hongqi", die Zentralorgane der Kommunistischen Partei Chinas, die neuerliche Verschwörung des Weissen Hauses und des Kremls in einem überaus bedeutsamen Artikel, der in "Peking Rundschau" Nr. 5 wiedergegeben ist ("Selbstbekenntnis der Ausweglosigkeit"). Dieser Artikel war mehr als eine Woche lang Gegenstand von lebhaften Diskussionen in den Betrieben und Volkskommunen. Die Berichte darüber sowie die überaus interessanten Artikel von "aussenpolitischen Kommentatorengruppen" der Arbeiter, Bauern und Soldaten (siehe "Peking Rundschau" Nr.6) zeigen, dass die Forderung Mao Tse-tungs, die Arbeiterklasse müsse auf allen Gebieten die Führung innehaben, auch für die Aussenpolitik gilt!

> Völker der ganzen Welt, schließt euch noch enger zusammen und entfaltet eine ausdauernde und machtvolle Offensive gegen unseren gemeinsamen Feind, den US-Imperialismus, und seine Komplizen! Man kann mit Gewißheit sagen, daß der völlige Zusammenbruch des Kolonialismus, des Imperialismus und aller Ausbeutungssysteme sowie die völlige Befreiung aller unterdrückten Volksmassen und Nationen nicht mehr weit entfernt ist.
>
> Mao Tse-tung

NIXONS ERSTE NIEDERLAGE

Die bürgerliche Presse rühmte Nixon für die sorgfältigen diplomatischen Vorbereitungen des angestrebten Gipfeltreffens mit den russischen Revisionisten (siehe Artikel oben). Für ihre Auseinandersetzungen mit dem Kreml (mit dem sie sowohl Ränke schmieden, als auch rivalisieren) wollten die US-Imperialisten nicht nur die brüchige NATO aufmöbeln, sondern auch die Warschauer Botschafterkonferenz mit China als Trumpfkarte ausnützen. Wir haben in unserer letzten Ausgabe (Nr23) diese amerikanischen Manöver aufgezeigt und die konsequente antiimperialistische Politik Chinas dargelegt, die solche Manöver durchkreuzen würde. Und wir haben recht gehabt!

Bei Redaktionsschluß (18.2.) wurde bekannt, daß China die für 20. Februar angesetzte Sitzung der Botschafter abgesagt hat. Nixon hat schon in seiner Pressekonferenz gezeigt, daß er die chinafeindliche Politik seiner Vorgänger unverändert beibehalten will. Nun hat die CIA am 4. Februar einen chinesischen Diplomaten, der vorher mit Hilfe der holländischen Regierung zum Landesverrat angestiftet worden war, in die USA entführt. Die chinesische Regierung gab am 6. Februar bekannt, daß die USA diese chinafeindliche Handlung gutmachen müßten, andernfalls sie für die schweren Konsequenzen verantwortlich wären. Und nun hat sie ihre Warnung wahrgemacht. Nixon hat so seine erste schwere Niederlage erlitten!

Volkschina dagegen hat allen gezeigt, wie sehr es durch die große proletarische Kulturrevolution in der Welt gestärkt wurde. Das wird auch international zur Kenntnis genommen: Die NATO-Staaten Italien, Kanada und Belgien haben Schritte unternommen bezw. angekündigt, um die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen, ohne sich um das dadurch in Washington verursachte Mißbehagen zu kümmern. (Die neutralen Länder Europas - Schweiz, Schweden und Finnland - unterhalten seit fast zwei Jahrzehnten normale Beziehungen zu China. Österreich aber beweist dadurch, daß es sich den USA gegenüber folgsamer verhält als deren NATO-Alliierte, abermals die Verlogenheit seiner angeblichen "Neutralität".)

UNSERE ORGANISATION

ERFOLGE BERICHTE ERFAHRUNGEN

Diskussion mit jungen Arbeitern und Studenten

Wir haben immer wieder das gemeinsame Interesse der revolutionären Arbeiter und der revolutionären Studenten betont (vgl. "Der Kommunist" Nr.15,23). Wir riefen die Studenten auf, sich mit den von der VRAÖ (M-L) vertretenen revolutionären Arbeitern zusammenzuschliessen und appellierten an diese, ihre Solidarität mit den revolutionären Studenten zu bekunden.

Am 1. Februar trafen auf Einladung des revolutionären Jugendorgans "FUNKE" im "Bayrischen Hof" Studenten und berufstätige Jugendliche mit Mitgliedern unserer Organisation (Arbeietr und Intellektuelle "reiferen" Alters) zu einer Diskussion über das Thema "Warum eine rote Kampfjugend?" zusammen. Wenn auch -logischerweise - nicht gleich alles klargestellt werden konnte, so war dennoch unserer Ansicht nach diese freimütige und zielbewusste Aussprache ein vielversprechender Anfang.

> Die Studentenbewegung ist ein Teil der gesamten Volksbewegung. Der Aufschwung der gesamten Studentenbewegung wird unausbleiblich den Aufschwung der ganzen Volksbewegung beschleunigen.
> Mao Tse-tung

Nach dem kurzen Einleitunfsreferat (das im "FUNKE" Nr.41 im Wortlaut erscheint) entspann sich eine lebhafte Debatte, in der vor allem folgende Fragen erörtert wurden:

In welchem Bereich geht die entscheidende Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Ausbeutersystem vor sich: an der Basis (d.h. dort, wo die unmittelbaren Klassengegensätze zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern auftreten und in den Tageskämpfen um wirtschaftliche und soziale Forderungen der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommen) oder im Überbau (d.h. in den Bereichen der Politik und der Ideologie, wo der Einfluss der Herrschenden auf die Beherrschten mittels Gewalt und Betrug ausgeübt wird)? Wir haben in unserer Grundsatzerklärung nachgewiesen, dass 90% der Bevölkerung Österreichs aus Arbeitern und ihnen nahestehenden Werktätigen besteht, die ein Lebensinteresse am Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und an der sozialistischen Revolution haben sollten, jedoch aus dem offiziellen politischen Leben praktisch ausgeschaltet sind, weil "es die geistige Knechtung des Volkes durch das Monopolkapital... dem Volk ungemein erschwert, die wahren Verhältnisse und Zusammenhänge zu erkennen". Die Ereignisse während der Kundgebungen der revolutionären Studenten bestätigen vollinhaltlich die Feststellung dieses marxistisch-leninistischen Dokuments: "Sobald es aber in diesem politisch-ideologischen Überbau zu knistern und zu krachen beginnt, die Massen von der Verdummungspropaganda angeekelt werden und die bürgerlich-demokratische Demagogie durchschauen, sobald sie infolgedessen zu erwachen und aufzubegehren beginnen, tritt die andere Methode der kapitalistischen Herrschaft in den Vordergrund: die nackte Gewalt." Durch die Herausforderung des kapitalistischen Herrschaftsapparates spielen die Aktionen der Studenten eine revolutionäre Rolle und müssen daher von en revolutionären Arbeitern unterstützt werden.

> Hier, in diesem Augenblick müssen die neuen marxistisch- leninistischen Parteien und unsere revolutionären Genossen sich diesen Massen der mutigen Jugend anschließen, um mit ihnen gemeinsam tätig zu sein und zu kämpfen, um ihnen Klarheit zu bringen und sie zu führen.
> Enver Hoxha

Sind nur die Studenten eine revolutionäre Kraft, die Arbeiter aber in das "Establishment" (das bestehende System) "integriert" (eingebaut)? Das ist natürlich grundfalsch. Die Studenten können nicht einmal ihre eigenen Forderungen in diesem System durchsetzen (ein grundlegender Umbau des Bildungssystems ist ohne Sturz dieser Gesellschaftsordnung unmöglich,

ja erfordert sogar unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats eine richtige Kulturrevolution, die allerdings dann tatsächlich zum weltbewegenden Resultat führt, wie das Beispiel Chinas zeigt). Andererseits lernen die Arbeiter gerade aus den Erfahrungen ihrer tagtäglichen Kämpfe um Lohn und Arbeitsbedingungen im Rahmen des kapitalistischen Systems, dass sie dieses gewaltsam stürzen und ihre eigene Staatsmacht errichten müssen, wenn sie sich aus der Rolle von Lohnsklaven und Landsknechten der Millionäre ein für allemal befreien wollen. Die Arbeiter bedürfen also der Mitwirkung der revolutionären Jugend mit ihrer Kompromisslosigkeit und ihrem Elan, ebenso wie diese der Einheit mit der kämpfenden Arbeiterklasse bedarf, unter deren Führung die Revolution siegen wird. In einem Rückblick auf die revolutionäre Bewegung in China vom 4. Mai 1919 sagte Genosse Mao Tse-tung: Die Jugend hat damals in gewissem Sinne die Rolle einer Avantgarde gespielt. "Was heisst das: die Rolle einer Avantgarde spielen? Das heisst sich an die Spitze stellen, in den vorderen Reihen der Revolution stehen." Genügt aber diese Vorhut?, fragt Mao Tse-tung, und er antwortet: Nein, sie genügt nicht. Man braucht die Hauptstreitmacht. "Wer ist die Hauptstreitmacht?", fragt er weiter und gibt zur Antwort: "Es ist die große Masse der Arbeiter und Bauern."

> Was denn soll das Kriterium dafür sein, ob ein junger Mensch revolutionär ist? Wie kann man das feststellen? Es gibt nur ein Kriterium: Will er sich mit den breiten Massen der Arbeiter und Bauern verbinden und tut er das auch tatsächlich oder nicht. Wenn er sich mit den Arbeitern und Bauern verbinden will und das tatsächlich tut, ist er revolutionär; andernfalls ist er nicht revolutionär oder konterrevolutionär.
> Mao Tse-tung

In welchem Zeichen können und müssen die revolutionären Jugendlichen sich mit den revolutionären Arbeitern verbinden? Diese entscheidende Frage wurde sehr klar in den Schlussbemerkungen des Vorsitzenden der Versammlung beantwortet: Im Zeichen des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tse-tungs, dadurch, dass sich die bewusste Vorhut der studierenden und berufstätigen Jugend mit der bewussten Vorhut des österreichischen Proletariats zusammenschliesst, dass sie sich die von der VRAÖ (M-L) verfochtenen, stets und überall siegreichen Ideen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung zum Leitstern macht.

WIR HABEN EIN HEIM!

Unsere Genossen haben ein Recht, stolz zu sein! Durch unermüdliche Bemühungen und nicht geringe materielle Opfer ist es gelungen, ein geeignetes Organisationslokal zu mieten. Es ist zentral gelegen (8. Bezirk, Schönborngasse 6) und geräumig genug, um die regelmäßigen Veranstaltungen der Vereinigung sowie größere Versammlungen und sonstige Aktivitäten zu ermöglichen. Jetzt kommt es darauf an, noch mehr die Kräfte anzuspannen, damit unser neues Heim "wohnlich" gemacht wird, durch finanzielle Beiträge und - vor allem! - durch tätige Mitwirkung eines jeden Genossen. Wir bitten unsere Mitglieder und Sympathisierenden in Wien, ihre entsprechenden Vorschläge an die bisherige Postadresse (1205 Wien, Fach 3) zu richten, bzw. telephonisch (35 07 89) mit uns in Verbindung zu treten.

DIE ARBEIT MIT DER ZEITUNG VERBESSERN!

"Der Kommunist" ist eine wertvolle Unterstützung unserer Argumentation bei Diskussionen. Die Arbeit mit und an unserer Zeitung muß ständig verbessert werden. Zwei Dinge dürfen wir nicht aus den Augen verlieren: Eine weitere Verbreitung muß angestrebt und die technische und inhaltliche Gestaltung verbessert werden. Zur Werbung neuer Abonnenten können die Genossen Freiexemplare anfordern oder uns die Adressen von Interessenten bekanntgeben. Am Inhalt können alle Genossen mitarbeiten, indem sie uns Artikel und Leserzuschriften, die unsere Klassenprobleme behandeln, zur Verfügung stellen.

Die im Schatten sieht man nicht

Wie die österreichische Presse am 24. Jänner 1969 zu berichten wusste, übergoss sich der 35jährige Melker Franz Gitzl auf dem Hauptplatz seines Heimatortes Stein in der Steiermark mit Benzin und zündete sich an.

Gitzl, der Vater von fünf Kindern ist, vollbrachte die Tat gegenüber dem Gemeindeamt, vor dem andere Arbeitslose zum Stempeln angestellt waren, weil ihm sein Dienstgeber, ein Sägewerksbesitzer,mitten im Winter gekündigt hatte.

Die österreichischen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, sind über die Selbstverbrennung eines Österreichers ohne viel Aufhebens zur Tagesordnung übergegangen. Sehr im Gegensatz zum Fall Palach in der CSR. Das ist aber keineswegs ohne Grund geschehen.

Denn würden die Reporter der bürgerlichen Presse mehr in das Leben des Österreichers Franz Gitzl hineinleuchten, würde sich sehr bald herausstellen, dass die Ursache seiner Tat in unserer sogenannten "unbegrenzten Wohlstandsgesellschaft" zu suchen ist.Es liegt aber im Interesse der Mautner-Markhof, Schöller, Mayr-Gunthof, der vielen Alt- und Neureichen, das "Image", das Gesicht der österreichischen Wirklichkeit hinter einem Schleier von Wohlstandsphrasen verborgen zu wissen.

Selbstverständlich lehnen wir als Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus den Selbstmord ab, da nur der revolutionäre Klassenkampf der Ausweg aus Not und Elend ist.

Diese Tatsache enthebt uns jedoch nicht der Verpflichtung, den Ursachen solcher Vorfälle in eben dieser "unbegrenzten Wohlstandsgesellschaft" nachzugehen; denn die politisch falsche Reaktion eines einzelnen Menschen entschuldigt in keiner Weise die Träger der Gesellschaftsordnung, in der die Voraussetzungen zu derartigen Handlungen liegen.

Der ÖVP-Abgeordnete Hartl hat einmal im Parlament triumphierend ausgerufen: "Ja, weil es keine Armen mehr gibt." - Es entspricht einer alten Taktik der herrschenden Klasse, die Existenz der Armen in ihrem Herrschaftsbereich entweder überhaupt zu leugnen, oder aber, wenn dies nicht möglich ist, sie als Individuen zu bezeichnen, die aus eigener Schuld unfähig seien, aus der Armut herauszukommen. Auf jeden Fall unterlässt die herrschende Klasse nichts, um die Armut zu verschleiern.

So schreibt die Zeitschrift "Arbeit und Wirtschaft" vom August 1968 in diesem Zusammenhang: "Die österreichische Rechtsordnung gibt zu Begriffen wie 'Arme', 'bedürftig','Notlage','notdürftiger Unterhalt','Existenzminimum', 'Hilflosigkeit' zahlreiche legale Definitionen, doch lässt sich aus dem Kreis jener Personen, auf die diese Begriffe angewendet werden, aus verschiedenen Gründen nicht der Umfang der Gruppe von Staatsbürgern erschliessen, die irgendwie im Bereich der Armut leben. Noch weniger besteht die Möglichkeit, aus den Statistiken über Einkommen oder Steuern die Zahl der Armenfälle festzustellen."

Wohl aber lassen die Untersuchungen privater und halbprivater Einrichtungen ein wenn auch nur teilweises Bild über die Verbreitung der Armut in Österreich gewinnen.

Der "Solidarität" vom Oktober 1968 ist zu entnehmen, dass in Österreich 2340 Menschen monatlich Kleinrenten zwischen S 460,- und S 1040,- erhalten. Von den ungefähr 300.000 Kriegsopfern befindet sich ein beträchtlicher Teil in absoluter materieller Notlage. Tausende von Menschen erhalten auf Grund des Opferfürsorgegesetzes Bezüge nahe dem Existenzminimum. Ferner wurden im Jahre 1965 110.000 Personen festgestellt, die niedere Fürsorgerenten erhielten. Summiert man diese Gruppen, so ergibt sich ein Bevölkerungsteil von 500.000 Menschen, die ein Einkommen haben, das ihnen nur ein Leben am Rande der Not erlaubt. Auch der Jahresdurchschnitt von 50.000 Arbeitslosen muss zum Kreis der Bedürftigen gerechnet werden.

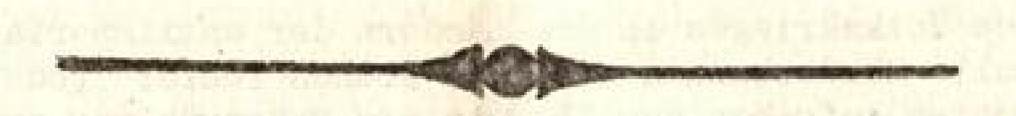
Die herrschende Klasse liebt es, auf die Relativität des Begriffes der Armut hinzuweisen, in der Absicht, ihn zu etwas gänzlich Unbestimmtem zu degradieren.

Es gibt eine konkrete Begrenzung dieses Begriffes. Marx und Engels unterscheiden zwischen dem physiologischen Existenzminimum, das gerade noch zur körperlichen Sättigung ausreicht,und einem Existenzminimum, das auch die Befriedigung der Kulturbedürfnisse einschliesst. Erst beide zusammen bilden das Existenzminimum.

Nun, wenn die herrschende Kapitalistenklasse will, dass der Begriff der Armut nur unter Heranziehung der relativen Methode abgegrenzt werden kann, tun wir das auch. Wir tun das aber in der Form, dass wir die riesigen Ausbeutungsgewinne der Kapitalisten zum absoluten Massstab erheben. Und nach dem haben wir nichts und sie alles.

Von diesem für uns einzig möglichen Klassenstandpunkt aus gesehen, geht das Zahlenmaterial der "Solidarität" noch sehr weit daneben. (Was ja auch kein Wunder ist.)

Von dieser Warte aus präsentiert sich uns das hässliche Bild einer typischen Klassengesellschaft, in der es alles in Hülle und Fülle gibt - auch Arme!



Der Ablasshandel

Dass die katholische Kirche einen guten Magen hat, der in der Lage ist, "viel Gut' und Ländereien zu vertragen",weiss jedermann. Die Italiener sagen, dass dann, wenn jedes Dach, das der Kirche gehört,grün wäre, Italien wie eine Wiese aussähe.

Nun zeigt es sich,dass der Vatikan als grösster Grund- und Aktienbesitzer der Welt, der vollauf vom kapitalistischen Denken erfasst ist,es deswegen aber durchaus nicht verschmäht, auf das antiquierte Mittel des Ablasshandels zurückzugreifen.

Jawohl, noch immer gilt das Wort: "Wenn der Batz' im Beutel klingt, die Seele in den Himmel springt."

Vor uns liegt ein chinesisch stilisiertes "Heiligenbilderl" auf dessen Rückseite der erstaunte Betrachter liest, unter welchen Bedingungen er die Stufen des Himmels erklimmen kann. Er kann dies laut Anleitung jedesmal, wenn er die "verfolgte Kirche Chinas" in Gebet und Opfer einschliesst; dann sind ihm dreihundert Tage Ablass sicher, und hört, oh Wunder,einmal im Monat sogar "ein vollkommener Ablass unter den gewöhnlichen Bedingungen"!!!

> **Für unsere verfolgten Glaubensbrüder in China**
>
> Allmächtiger, Ewiger Gott, Trost der Be[...]ten und Stärke der Leidenden, verleihe unsern Glaubensbrüdern in China auf die Fürbitte der allerseligsten Jungfrau Maria und unserer hl. Martyrer den Frieden in Deinem Dienste; gib ihnen Stärke im Kampfe und die Gnade, Dich zu verherrlichen durch Christus unsern Herrn. Amen. *
>
> Unbefleckten Herz Mariä, hilf unseren Brüdern, die in so vielen Ländern um des Glaubens willen leiden müssen, erflehe die Bekehrung der Sünder, besonders die unserer Verfolger.
>
> * 300 Tage Ablass jedesmal; einmal im Monat ein vollk. Ablass unter den gewöhnlichen Bedingungen.
>
> Ich verspreche hiermit, die Kirche Chinas stets im Gebet und Opfer einzuschliessen.
>
> Unterschrift ....
>
> Datum ....
>
> Gebetsvereinigung für die Kirche in China (U. P. C.).
>
> Bad Driburg, i. W. Missionshaus-St. Xaver. Germania — Hauptzentrale: Via Mura Aurelia 4 Roma (8). Italia.
>
> IMPRIMATUR e Vicariatu Urbis die 7 - III 55
> + Aloysius Traglia - Vicesgerens

Der kritische Zeitgenosse zeigt sich allerdings enttäuscht und stellt fest, dass das gutgeölte und auf eine lange Tradition zurückblickende Genre des klerikalen "Schmähs"schon zugkräftigere Sachen hervorgebracht hat.

Was die Chinesische Volksrepublik betrifft, so wird sie dieses mittelalterliche Gewimmer sicherlich mit Fassung zu ertragen wissen.



Sonderprojekt...

Zum Olah-Prozeß gäbe es vieles zu sagen. Manches behalten wir uns für später vor. Diesmal nur das eine:

Das Sonderprojekt des Herrn Olah klingt verteufelt ähnlich an solche Begriffe an wie etwa die Sonderkriegsführung der US-Imperialisten in Vietnam, Laos usw. Kein Zufall. Beide Dinge sind gleichermaßen scheußlich und hängen durch eine gemeinsame Klammer zusammen. Eine Klammer aus drei Buchstaben: CIA (=Zentrale Nachrichten-Agentur, der für Spionage- und Sabotagetätigkeit im Ausland spezialisierte Geheimdienst der USA). Lösen wir nun die Klammer auf:

a) 1948 machte Franz Olah einen antikommunistischen Schulungskurs in den USA mit. Im Oktober 1950 zeigte er durch die Aufstellung einer Streikbrecher-Knüppelgarde, daß er seine Lektion gelernt hat. Kurz darauf erhielt er von den Amerikanern als Belohnung acht bis zehn Millionen Schilling für jenes ominöse "Sonderprojekt", das im Falle einer sozialistischen Revolution in Österreich wirksam werden sollte. Er gründete mit diesem Geld erstens zwei "Firmen"- "Atlanta" und "Omnia" -, die Waffen und sonstiges Kriegsmaterial anzuschaffen und einzulagern hatten, und zweitens einen "Wander-, Sport- und Geselligkeitsverein", der mit Hilfe dieser "demokratisch-freiheitlichen" Ausrüstung gegen eine eventuelle Arbeiterregierung in Österreich konterrevolutionäre Aktionen unternehmen sollte.

b) Die Bekämpfung des Volkskrieges in den Ländern der antiimperialistischen Freiheitsbewegung durch geschulte Mörderbanden wie die "Grünen Teufel" (oder "Rangers") gehört ebenso zu den vornehmsten Aufgaben der CIA wie die Unterwühlung sozialistischer und fortschrittlicher Regierungen und die Organisierung von konterrevolutionären Putschen. Am 30. Jänner starb der langjährige Leiter dieses amerikanischen Geheimdienstes Allen W. Dulles, der eine Zeitlang Schwiegervater von Fritz Molden, dem Verleger der revisionistischen "Theoretiker" Marek und Fischer, war. Die großkapitalistische Presse pries ihn in ihren Nachrufen als "Meister" dieser "Schwarzen Kunst" und rechnete zu seinen "Hauptverdiensten" den gewaltsamen Sturz der demokratischen Regierung Arbenz von Guatemala und der nationaldemokratischen Regierung Mossadegh von Persien sowie "manch eine andere Operation geheimer Art" ("Neue Zürcher Zeitung", 2. Februar 1969). Nur bei der "Kuba-Invasion im Frühjahr 1961" habe Dulles Mißerfolg gehabt, beklagt die Zeitung.

a + b = c) Dieser berüchtigte Oberspion, der sich "schon als junger Diplomat im Ersten Weltkrieg auf diesem Gebiet betätigt" hat, stand, wie die "Neue Zürcher Zeitung" am 1. Februar berichtete, während des Zweiten Weltkrieges "mit den Kreisen in Verbindung, die Widerstand gegen das Hitler-Regime leisteten". Hier wird eingestanden, was als einer der Schuldbeweise in den Prozessen gegen konterrevolutionäre Verschwörer in den volksdemokratischen Ländern Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre den Angeklagten nachgewiesen worden war. Die revisionistischen Verräter machen aber den Konterrevolutionären noch immer die Mauer, indem sie die absolut notwendigen Abwehraktionen der proletarischen Diktatur gegen die mannigfaltigen konterrevolutionären Umsturzversuche der internationalen Bourgeoisie als "stalinistischen Terror" verunglimpfen. In ihrem Leitartikel vom 14. Februar betont das Organ der Bundeswirtschaftskammer "Die Presse" (übrigens eine Gründung der Familie Molden), daß die Aktionen Olahs, die auf die "Verteidigung" der "Freiheit" der österreichischen Bourgeoisie (nämlich: die Werktätigen auszubeuten und auf die Schlachtbank eines neuen imperialistischen Krieges zu schicken) gerichtet waren, doch nicht als Verbrechen zu bezeichnen seien. Genau da liegt der Hund begraben. Was vom Standpunkt des Proletariats ein Verbrechen ist, wird naturgemäß vom Kapital als Heldentat gefeiert.
Und so ist die Klammer wieder geschlossen....

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Die nächste Nummer des "Kommunist" bringt u.a. eine wirtschaftspolitische Notiz "Eier und Erdöl", einen Eigenbericht aus Italien über Betriebsbesetzungen zum Schutz des Arbeitsplatzes und einen Artikel über den Wirtschaftsaufschwung in Albanien. Wir bitten unsere Leser, ihre Bekannten auf den "Kommunist" aufmerksam zu machen und uns die Adressen jener mitzuteilen, die unsere Zeitschrift durch kostenlose Probenummern kennenlernen wollen.

DIE LESER SCHREIBEN

MENSCHENRECHTE???

1968 wurde sehr viel über die Menschenrechte gesprochen, es war das sogenannte "Jahr der Menschenrechte". Die Bourgeoisie benützt alles, um den Klassencharakter der Gesellschaft zu verhüllen; denn Tatsache ist doch, daß wir von entrechteten Menschen sprechen müssen, die noch immer die Mehrheit der Bevölkerung dieser Erde stellen. Was lautstark als Recht und Freiheit bezeichnet wird, sind in Wahrheit die Machtmittel, mit denen zehn Prozent der Menschheit die anderen neunzig Prozent entrechtet und unterjocht haben.

Das ist der Widerspruch unserer Zeit, ihn müssen wir lösen.

Von "Menschenrechten" sprechen sie. Und in diesem Zeichen haben zehn Prozent der Menschheit Kriege angezettelt, die Millionen das Leben kosteten und sie tun das noch weiter. "Menschenrecht" ist es für sie, daß 90 Prozent Ausgebeutete sind. Aber wenn sich diese zu wehren beginnen, betrachten es zehn Prozent als ihr "Recht" sie niederzuknüppeln.

Wenn wir also wahres Menschenrecht erringen wollen, müssen wir handeln. Die Fortentwicklung und Fortbewegung der Menschheit ist bestimmten Gesetzen unterworfen. Die Menschen bilden eine Gemeinschaft, und es ist ihrer Entwicklung hemmend, wenn zehn Prozent sich einbilden, sie wären auserwählt zu herrschen. Dahinter steckt nur grenzenloser Egoismus. Diesen Egoismus bezeichnen sie als Freiheit des Individuums, und er ist ihre einzige ideologische Ausrichtung. Und dieses ideologische Gift des Egoismus versuchen sie in die neunzig Prozent der von ihnen unterdrückten Menschen zu spritzen, um sie leichter beherrschen zu können.

Das Jahr 1968 hat aber bewiesen, daß es immer weniger gelingt, die Massen der Menschen niederzuhalten. Nicht mit ideologischen Dreh's und nicht mit Gewalt. Die neunzig Prozent der Menschen deren objektive Bestimmung es ist, die menschliche Gesellschaft weiter zu entwickeln verbinden sich immer mehr mit der Ideologie, die sie an ihr Ziel bringt. Mit dem Marxismus-Leninismus, mit den Ideen Mao Tse-tungs.

Wir sollen dabei nicht übersehen, daß alles versucht wird, auch da Verwirrung zu stiften. Das bürgerliche egoistische Gift hat viele ehemalige Kämpfer verseucht und sogar dazu geführt, daß die Macht in einigen Ländern wieder in die Hand der zehn Prozent Ausbeuter gekommen ist. Dort wird jetzt von eigenen "Modellen des Sozialismus" gesprochen, die es gar nicht geben kann, aber den tatsächlich vorhandenen Kapitalismus verdecken sollen.
Die Menschenrechte werden kommen, wenn wir Unterdrückten die Macht ergreifen.

J.H. Wien

TITOISTISCHE TERRORJUSTIZ!

In der mazedonischen Hauptstadt Skopje wurden anfang Februar drei albanische Studenten zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie am 24. November 1968 in einem Schlafsaal des Pädagogischen Instituts von Skopje die albanische Fahne aufgezogen hatten. Dadurch hätten sie sich nämlich der "Aufwiegelung zu nationalem und religiösem Haß" schuldig gemacht, wie es in der Urteilsbegründung der titoistischen Terrorjustiz heißt.

In dem der Teilrepublik Serbien angeschlossenen Gebiet Kossowo-Metochia ("Kosmet") - der ärmsten und rückständigsten Gegend Jugoslawiens - wo die etwa 800.000 Bewohner albanischer Nationalität mehr als 70 Prozent

der Bevölkerung ausmachen, wurden Ende der Vierzigerjahre von den titoistischen Chauvinisten Zehntausende Albaner niedergemetzelt. Als dort in vergangenen Herbst albanische Studenten und Werktätige für die Umwandlung des Gebiets in eine gleichberechtigte autonome Bundesrepublik demonstrierten, wurden sie von der Polizei gewaltsam unterdrückt, wobei es einen Toten und 37 Verletzte gab.

Die Liquidierung der Herrschaft der Arbeiterklasse und die Wiederherstellung der Diktatur der Bourgeoisie (in konkreten Fall: der bevorrechteten bürgerlichen Schichte von Managern, Bürokraten, Technokraten und hochdotierten "Intellektuellen") bedeutet eben naturgemäß ein Wiederaufleben von Haß und Hader zwischen den Nationen und Nationalitäten, wobei die Kleinen von den Großen unterdrückt und ausgebeutet werden.

K.S. Wien

Ein Widerspruch?

Während einer kürzlich abgehaltenen Diskussion kritisierte uns ein Genosse, weil in Nr.22 des "Kommunist" kommentarlos der Brief eines Jugendlichen aus Vorarlberg abgedruckt war, der, enttäuscht von den politischen Schwächen studentischer Kreise, in denen er sich bisher bewegt hatte, die Frage aufwarf, ob es nicht richtiger für ihn sei, sich gleich den Arbeitern anzuschließen, die konsequent zu kämpfen verstehen und die Träger der Revolution sind, statt "lediglich Wellen zu schlagen". Der kommentarlose Abdruck dieses Leserbriefes stünde, so meinte der Genosse, im Widerspruch zu unserem in derselben Nummer veröffentlichten Artikel, in dem wir die revolutionären Aktionen der fortschrittlichen Studenten unterstützen.

Wir finden diese Kritik verständlich, aber unberechtigt. Verständlich, weil hier in der Tat ein Widerspruch zutage tritt, unberechtigt, weil dieser Widerspruch nicht an uns liegt, sondern der Studentenbewegung selbst innewohnt.

Die Studenten sind empört über die Gebrechen und Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft, erkennen aber nur mühsam die Wurzeln des Übels und die Wege zu seiner Überwindung; denn sie selbst - auch die linksgerichteten - entstammen in ihrer überwältigenden Mehrheit der mittleren Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum. Sie rebellieren gegen das bürgerliche Erziehungssystem, sind aber selbst bürgerlich erzogen und der Einfluß von Elternhaus, Schule und Milieu wirkt sich unvermeidlich nachteilig auf ihre Rebellion aus. Sie kämpfen gegen Kapitalismus und Imperialismus, haben aber noch nicht den Klassenstandpunkt des Proletariats bezogen, von dem allein aus der revolutionäre Kampf zum Sieg führen kann. Ihre Ansichten sind daher vielfach durch Unklarheiten, Halbheiten und Zweideutigkeiten gekennzeichnet, und sie lassen sich manchmal zu Handlungen verleiten, die objektiv nicht der Sache der Revolution, sondern den Interessen der herrschenden Klasse dienen.

Deshalb unterstützen wir die revolutionären Aktionen der fortschrittlichen Studenten und streben ein enges Kampfbündnis mit ihnen an, halten aber auch eine kameradschaftliche Kritik ihrer Schwächen und Mängel für notwendig, damit diese schließlich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tse-tungs, überwunden werden. Und deshalb glauben wir, daß es dieser Politik nicht widerspricht, sondern entspricht, wenn wir ohne Vorbehalt der Meinung eines jungen Freundes Raum geben, der den Weg zur revolutionären Arbeiterschaft beschreiten will. Wir begrüßen ihn zu diesem Schritt und wünschen ihm Erfolg bei der Bewältigung der unvermeidlichen Schwierigkeiten auf diesem Weg, der ein Weg der proletarischen Umerziehung ist.

Die Redaktion.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Liebe Genossen! Werte Leser!
Die März-Ausgabe des "Kommunist" ist gewissermaßen eine "Jubiläumsnummer". Schreibt uns bitte Eure Meinung darüber, wie wir in den abgelaufenen zwei Jahren unserer großen Aufgabe gerecht geworden sind, welche Schwächen und Mängel wir noch haben, was wir zur Verbesserung unserer Arbeit tun könnten. Durch solche Stellungnahmen wollen wir die Nr.25 erweitern und bereichern.

Revolutionärer Kampf auf Sardinien

Nicht zufällig völlig unbeobachtetvon unserer Presse spielen sich in letzter Zeit in Sardinien heftige Auseinandersetzungen ab, in denen die Marxisten-Leninisten eine führende Rolle spielen.

Die Kämpfe, die zur Besetzung von fünf Ortschaften des Gebietes von Baronia geführt haben, griffen nun auch auf andere Gemeinden über. Die Losung einer Gemeinde, die Erkenntnis der Gültigkeit einer Kampferfahrung wird zum aktivierenden Hinweis und Ansporn für andere Gemeinden. Sie enthalten Erfahrungen im Kampf gegen die quasikoloniale Ausbeutung durch die römische Zentralregierung und werden zum Eigentum der breiten Massen, die sie in effektive Gewalt umsetzen, in die Praxis des Kampfes. Meistens wird dann ein Kampfkomitee gebildet, das auf dem jeweiligen Hauptplatz die Volksversammlung einberuft. Diese entscheidet dann über die Schliessung der Ämter und Geschäfte; die Bürgermeister und andere korrumpierte Politiker werden angeprangert.

Die Proteste im Gebiet von Baronia haben auf Barbagio, Goceano und auf viele andere Gemeinden übergegriffen. Die Kämpfe blockieren Ortschaften, die Dutzende Kilometer voneinander entfernt liegen, bringen den Verkehr auf den Staats- und Provinzialstrassen zum Erliegen, behindern Züge und Postautobusse und isolieren die Regionen Sardiniens voneinander.

In allen Fällen von Besetzungen geht die Autorität einheitlich vom Kampfkomitee und von der Versammlung der Dorfbevölkerung aus. Die engsten Beziehungen zwischen dem Komitee und der Volksversammlung bringen eine Form der direkten Demokratie zum Ausdruck, der alle nötigen Initiativen entspringen, um den Kampf in möglichst wirksamer Weise durchzuführen. Hier geht es um den Bau von Strassensperren, um die Versorgung zurückgebliebener Reisender, um die Aufstellung von Wachen, mit einem Wort, um die Regulierung des Lebens in den weitgehend isolierten Ortschaften. Befindet sich die Bevölkerung nicht auf dem Hauptplatz, so wird sie durch Radfahrer und Lautsprecher von der Durchführung verschiedener Beschlüsse informiert. Während der Nacht erleuchten riesige Feuer die Ränder der Dörfer, die den Wachtposten sowohl die Kontrolle des Geländes erleichtern als ihnen auch die Möglichkeit geben, sich aufzuwärmen. Alles spielt sich gemäss den von der Volksversammlung gegebenen Direktiven ab.

Die Flugblätter, die Parolen an den Mauern und vor allem die Handlungen beweisen es, wie nie zuvor, dass die Bevölkerung Sardiniens das koloniale Regime, dem sie unterworfen ist, ablehnt. Hier geht es nicht um Verbesserungen und um Reformen, hier geht es um die Eroberung des Rechtes zu überleben, um den Kampf gegen den Alptraum an den Toren der Hölle ohne Arbeit, ohne Geld und bis über die Ohren verschuldet. Das sind die Themen, die die Debatten in den örtlichen Volksversammlungen charakterisieren. Die Bevölkerung will heute nicht mehr warten, sie glaubt keinen Versprechungen, da ihr Vertrauen durch Jahre hindurch schlecht belohnt wurde.

Die parlamentarischen Parteien, DC und KP, glänzen sozusagen durch Abwesenheit. Ihre Vertreter tauchen nur auf, um "zur Ruhe zu mahnen" und um ihre Berichte an den Staatsapparat weiterzugeben. So zeigen sie, wie feindlich sie dem Volke und wie unterwürfig sie den Herren gegenüberstehen. Sie zeigen, dass sie zusammen mit der Polizei auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Über diese Kämpfe wird eine totale Verschwörung des Schweigens ausgebreitet. Weder die Zeitungen des italienischen Bürgertums noch die der Revisionisten schreiben darüber. Die örtlichen Organe, die zur Berichterstattung gezwungen sind, vermindern diese auf ein Minimum.

Der Kampf gegen den Kolonialstatus in Sardinien, der seinen Ausdruck in Rebellionen gegen Hunger und Elend findet, hat kaum erst richtig begonnen; aber in ihm entwickelt sich der Klassenkampf, das Vertrauen in die Massen und die Strasse zur Revolution, zum Sozialismus.

Es lebe der Befreiungskampf der Völker

Die russisch-amerikanischen "Friedens"intrigen für den Nahen Osten laufen auf vollen Touren. Ihr Ziel ist die Sicherung und der Ausbau der Zwingburg Israel auf dem Boden Palästinas zur Sicherung der imperialistischen Interessen in diesem Raum und die Neuaufteilung der Interessensphären in diesem Gebiet unter den "Weltkoalitionspartnern". Diese Pläne und Komplotte sind letzten Endes alle auf Sand gebaut, da die Rechnung wieder einmal ohne dem Wirt gemacht wird. Der Wirt ist hier das Volk Palästinas, von dem mehr als eine Million Menschen außer Landes gejagt wurde, und die anderen von den zionistischen Behörden nach richtiger Kolonialmanier rassistisch unterdrückt werden.

Jeder Druck erzeugt Gegendruck! Das palästinensische Volk hat den bewaffneten Kampf aufgenommen und erzielt immer größere Erfolge. Die nachfolgenden Erklärungen zeigen die politische Reife und den Kampfwillen der Partisanenorganisationen des palästinensischen Volkes.

ERKLÄRUNG VON EL FATAH (Paris, 3. 1. 1969)

Ein Sprecher der Bewegung für die nationale Befreiung Palästinas, El Fatah, gab eine Erklärung des Zentralkomitees dieser Organisation ab. Darin heißt es unter anderem:
Die Bewegung El Fatah weist kategorisch die Beschlüsse des Sicherheitsrates der UNO vom 22. 11. 1967 und die sogenannte Mission Jarrings, die auf Grund dieser Beschlüsse geschaffen wurde, zurück, weil sie die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes völlig außer acht läßt. Diese angeblich "friedliche Lösung" läßt die grundsätzlichen Gegebenheiten zur Gänze unberücksichtigt und ist zum Scheitern verurteilt.

Infolgedessen verwirft die Erklärung jede Lösung, die nicht der Existenz des palästinensischen Volkes Rechnung trägt und sein Selbstbestimmungsrecht anerkennt. Die Bewegung selbst bezeichnet sich als Vertreter des palästinensischen Volkes, dessen Land von der zionistischen Beherrschung befreien und seine nationale Eigenständigkeit wieder erlangen will.
In der Erklärung wird festgestellt, daß nicht gegen die Juden als Volk oder Religionsgemeinschaft gekämpft wird, sondern gegen Israel als Ausdruck des Zionismus und Kolonialismus.

Die Bewegung stellt sich der zionistischen Aktion entgegen, die der Versuch ist, das Palästinaproblem nur als einen Konflikt zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten darzustellen. In Wirklichkeit handelt es sich um die Existenz und Zukunft des palästinensischen Volkes, das seit 20 Jahren von Haus und Hof verjagt ist. Die revolutionäre Tätigkeit, die von El Fatah und seiner bewaffneten Vorhut El Assifa begonnen wurde, beweist den Willen des Volkes, durch einen bewaffneten Volkskampf sein von fremden Mächten erobertes und kolonialisiertes Land zu befreien.

Israel ist ein Produkt des Kolonialismus und Instrument des Imperialismus, das die Aufgabe hat, sich dem Fortschritt der arabischen Völker entgegenzustellen und ihre Befreiungsbewegung zu behindern.

El Fatah erklärt feierlich als Ziel des Kampfes, der inspiriert ist von den internationalen Befreiungskämpfen gegen Kolonialismus und Imperialismus, "die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen palästinensischen Staates, in dem sich alle Bürger, gleichgültig welcher Konfession, der gleichen Rechte erfreuen werden.

EL ASSIFA VERURTEILT DIE BETRÜGERISCHE "FRIEDLICHE LÖSUNG"! (Kairo, 6.1.)

Der Sender "Stimme der Assifa" erklärte, daß die Imperialisten einen Plan nach dem anderen konstruieren, um zu einer Lösung der Nahost-Krise zu kommen, "durch die sie ihren Willen den arabischen Völkern aufzwingen und ihre Ziele in diesem Gebiet erreichen wollen". Der Sprecher brachte zum Ausdruck, "daß die Zeit auf immer vorbei ist, in der irgendwelche imperialistische Großmächte sich als internationale Gendarmen in unseren Lande gebärdeten. Unser Volk wird das niemals mehr gestatten. Die imperialistischen Komplotte werden niemals unsere Nation dazu bringen, auf ihr Recht auf Freiheit und auf ihren Entschluss zu verzichten, ihr Schicksal mit Waffengewalt zu entscheiden. Diesen Weg hat die Nation gewählt.

Die Komplotte bestimmter Grossmächte, die versuchen, für sich die Welt in Einflusssphären aufzuteilen, die die arabischen Völker zur Kapitulation überreden oder mit Gewalt zwingen wollen, werden niemals Erfolg haben. Das Blut der revolutionären arabischen Märtyrer wird nicht vergebens geflossen sein".

Schliesslich ruft die "Stimme der Assifa" die palästinensischen Guerillakämpfer und die arabischen Völker auf, alle imperialistischen Komplotte zu vereiteln und ihre Revolution bis zum Endsieg durchzuführen.

* * * *

DIE GEGENWÄRTIGE POLITIK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI THAILANDS

Das ZK der KP Thailands veröffentlichte eine Botschaft, wie der Sender "Stimme des Volkes von Thailand" mitteilte. Darin heisst es:

"Vorsitzender Mao Tse-tung, der grosse Lehrer der revolutionären Völker der ganzen Welt, hat gelehrt, dass die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt und dass die Machtergreifung durch bewaffnete Gewalt, die Lösung der Fragen durch den Krieg, die zentrale Frage und höchste Form der Revolution darstellen. Unsere Partei hat durch ihre eigenen Erfahrungen für diese Wahrheiten ein tiefes Verständnis.

Mehr als drei Jahre sind vergangen, seit unsere Partei begonnen hat, das Volk zur Bildung bewaffneter patriotischer Streitkräfte anzuleiten. Von Anfang an stand die amerikahörige Thanom-Clique unseren Volksstreitkräften mit heftigem Hass und tödlicher Angst gegenüber; sie nahm zu wahnwitzigen Ausrottungs- und Unterdrückungsoperationen ihre Zuflucht; aber unter der korrekten Führung der Partei haben unsere Streitkräfte den Feind tapfer angegriffen und ihm schwere Verluste zugefügt, mit dem Ergebnis, dass die Funken des Volkskrieges in den nordöstlichen Landesteilen zu einem Steppenbrand wurden, der auch die südlichen, zentralen und nördlichen Landesteile ergriff.

Die Existenz, die Siege und die Stärke der bewaffneten Volksstreitkräfte unter der Führung der KPTh förderte die Entwicklung einer Situation in unserem Lande, die dazu angetan ist, unerhörte Änderungen zu bewirken. Dies stellt politisch, militärisch und wirtschaftlich einen schweren Schlag gegen den amerikanischen Imperialismus und gegen die Thanom-Clique dar; es zeigt sie dem Volk als Papiertiger. Zur selben Zeit haben sich die bewaffneten Volksstreitkräfte zu einem Beispiel für das ganze Volk entwickelt.

Die Kommunistische Partei Thailands führt seit 26 Jahren einen heroischen Kampf. Unsere Partei betrachtet den Marxismus-Leninismus, die Gedanken Mao Tse-tungs als die Grundlage ihrer ganzen Arbeit. Gegenwärtig stellt unsere Partei die Hauptstütze im Kampf gegen die amerikanische Thanom-Clique dar. Die Partei hat sich entwickelt und ist an Stärke gewachsen; sie erfreut sich der Unterstützung breiter Massen, mit einem Prestige, das von Tag zu Tag wächst. Nachdem unsere Partei den bewaffneten Kampf des Volkes seit mehr als drei Jahren geleitet hat, wurde unsere Partei stärker und machtvoller denn je. Das politische Bewusstsein des Volkes wächst ständig.

Eine bewaffnete Einheit nach der anderen wurde geschaffen, und sie haben viele Siege errungen. Obwohl die Thanom-Clique zur Zeit militärisch stärker ist als wir, befinden wir uns doch in einer günstigeren Situation als sie. Wir sind die fortschrittlichen Kräfte, unsere Sache ist gerecht und unsere Zukunft hell. Der Feind ist reaktionär und verfällt von Tag zu Tag. Deshalb wissen wir, dass wir durch unermüdlichen Kampf den Feind an Stärke übertreffen und besiegen werden.

TREIBT DIE US-AGGRESSOREN AUS THAILAND HINAUS !
LANG LEBE DIE BEWAFFNETE VOLKSARMEE THAILANDS !
LANG LEBE DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI THAILANDS !
LAND LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS, DIE IDEEN MAO TSE-TUNGS ! "